

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XIX/19

Bonn, den 28. Januar 1964

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite</u>		<u>Zeilen</u>
1	<u>Jetzt Peking-Propaganda auch in der Bundesrepublik</u> Hilfestellung über Pankow und Paris Von ***	45
2 - 3	<u>Sand im Getriebe</u> Randbemerkungen zur auswärtigen Kulturpolitik Von Georg Kahn-Ackermann, MdB	62
4	<u>Nachträgliche Bestätigung</u> Berliner Bevölkerung steht hinter dem Senat	45
5	<u>Vorsorge ist besser als Heilen</u> Hessen auch auf dem Gebiet des Gesundheitswesens beispielgebend Von Frank Sommer - Frankfurt	30
6	<u>Innapolitische Konsequenzen der "Achse" Paris - Peking</u> De Gaulle hat das ganze Parlament hinter sich Von unserem Korrespondenten in Paris, Georg Scheuer	49

Chefredakteur Günter Markscheffel

28. Januar 1964

Jetzt Peking-Propaganda auch in der Bundesrepublik

Hilfestellung über Pankow und Paris

Von ***

Der militärische Abschirmdienst und der Verfassungsschutz in der Bundesrepublik haben sich seit gut sechs Monaten mit einer verstärkten Propaganda, Zersetzungsarbeit und Spionage heranzuschlagen, die von Rotchinesen in Westdeutschland betrieben wird. Ende 1963 wurden in Niedersachsen 13 Postsäcke mit chinesischem Propagandamaterial in deutscher Sprache beschlagnahmt. Die gut aufgemachten Druckschriften waren zum Teil für die Zersetzungsarbeit in der Bundesrepublik bestimmt. Bei anderem Propagandamaterial, das man beschlagnahmte, fiel auf, daß es energisch gegen die Außenpolitik Chruschtschows Front macht, aber die Politik der Ulbricht-Kommunisten bemerkenswerterweise schont. Vor dem Hintergrund gezielter Propagandasendungen, die sich an Akademiker richten, ist es nicht verwunderlich, daß sich in Marburg eine pro-chinesische Studentengruppe gebildet hat.

Kommunistisches Propagandamaterial aus Rotchina geht seit einiger Zeit auch unaufgefordert fast allen Mitgliedern der verbotenen KPD in der Bundesrepublik zu. Neuerdings ist, sozusagen auf dem Rücken dieser Altkommunisten, eine ideologische Auseinandersetzung um "die richtige" Linie im Kampf gegen den weltweiten Kapitalismus und Imperialismus entbrannt. Dabei hat jedenfalls das chinesische Material äußerlich eine bessere Wirkung, denn aus der Zone wird (neuerdings im Dreieckverkehr über Skandinavien und Westeuropa) sehr schlechtes Papier geschickt. Auf dem Papier aus Pankow erscheinen seit einiger Zeit verstärkt Zitate aus den Moskauer KP-Zeitungen oder aus der Ostberliner SED-Presse gegen die aussenpolitischen Vorstellungen Mao Tse-tungs. Woher die rotchinesischen Propagandisten allerdings die Adresslisten der ehemaligen KP-Leute bei uns bezogen haben, ist nicht bekannt.

Bei alledem scheint Rotchina sich auch der Militärspionage in der Bundesrepublik zugewandt zu haben. Ein chinesischer Spionagering in Hongkong hat höflich und vornehm die Pressestellen von drei in der Bundesrepublik stationierten US-Divisionen und ein US-Korps um Informationen. Der Spionagering tarnte sich hinter der Bezeichnung "Informationszentrum für die kombinierten alliierten Streitkräfte".

Einen Einblick in die chinesischen Subversionsmethoden des Nahen Ostens, die uns einen Vorgeschmack auf gewisse Dinge geben, die auch von Frankreich aus - nach der Einrichtung einer chinesischen Botschaft in Paris - in Westeuropa eintreten können, gab die Zeitschrift des Bundesgrenzschutzes "Parole". In den letzten Monaten ließen sich an den Hochschulen von Damaskus und Aleppo chinesische Studentinnen einschreiben und neun chinesische Delegationen in Syrien gehörten weitere 60 Chinesinnen an. Zum Personal der rotchinesischen Botschaft in Syrien gehören inzwischen über hundert Chinesinnen. Alle diese jungen Frauen und Mädchen aus China sprechen die Landessprache fließend und beherrschen sogar syrische Dialekte. Sie sind vor allem in der rotchinesischen Ideologie geschult und machen in einem Maße Propaganda, wie das bisher noch nicht beobachtet wurde.

Sand im Getriebe

Randbemerkungen zur auswärtigen Kulturarbeit

Von Georg Kahn-Ackermann, MdB

Als der deutsche Botschafter in einem großen und für künstlerische Regungen besonders empfänglichen asiatischen Land kürzlich gefragt wurde, ob er nicht eine Klee-Ausstellung veranstalten wolle, da sich diese seltene Möglichkeit gerade anböte, erwiderte der deutsche Diplomat seinem Besucher: "Ja, glauben Sie denn, daß hierzulande für ein derartiges landwirtschaftliches Spezialproblem Interesse besteht?"

Diese Geschichte, die man auf Anhieb für eine Anekdote über das innere Verhältnis von Bürokratie und Kunst in der Bundesrepublik halten könnte, ist leider eine wahre Geschichte. Sie wirft ein Schlaglicht auf so manche Ungereimtheit in der auswärtigen Kulturpolitik, die bei der Debatte um die große Anfrage der SPD zu diesem Thema im vergangenen November im Bundestag behandelt worden ist.

Am Beispiel Washington

Gewisse materielle - und durch sie bedingt - personelle Schwierigkeiten setzen der Verwirklichung mancher guten Absicht Grenzen. Trotzdem wird man den Eindruck nicht los, daß die Erklärungen von Minister Schröder und Staatssekretär Lahr anlässlich dieser Debatte, die Kulturabteilung des AA und ihre Mitarbeiter seien kein minder Zweig des auswärtigen Dienstes, häufig von der Wirklichkeit widerlegt werden. Erst vor Kurzem ist beispielsweise dem deutschen Kulturreferenten in Washington, Botschafterrat Haag, die Zeichnungsbefugnis in Angelegenheiten seines Referats entzogen worden, weil es für den neuen zweiten Gesandten in Washington, Herrn v. Stackelberg, der zwar viel vom Waidmannshandwerk, nicht soviel jedoch von der schwierigen Aufgabe deutscher Kulturpolitik in den USA versteht, nicht genügend Zuständigkeiten gab. Was muß ein Mann wie Haag, der immerhin einige Jahre lang als Nachfolger Bruno E. Werners in dieser gleichermaßen schwierigen und verantwortungsvollen Aufgabe in den USA tätig ist, angesichts einer solchen Zurücksetzung empfinden? Glaubt man im Auswärtigen Amt, daß man bei solchen Methoden überhaupt noch gute Leute für die Kulturarbeit in den für die Bundesrepublik wichtigen Ländern finden wird?

Diese Frage erhebt sich auch noch in anderer Hinsicht. Die Leitung des Goetheinstituts in New York, zu dessen Kuratorium Leute wie John Mc Cloy, Lucius D. Clay, George Shuster und andere Freunde der Bundesrepublik gehören, wird vakant. Ebenso ist zur Zeit die Leitung des neuen repräsentativen Kulturinstituts in Paris zu besetzen. Die Kulturabteilung des Auswärtigen Amtes ist bisher nicht in der Lage gewesen, für beide Plätze Männer für Gehälter zu finden, die den Vorstellungen der Bürokratie des Bundesfinanzministeriums entsprechen.

Bürokratische Weltfremdheit

Hier dokumentiert sich die Weltfremdheit der Bonner Bürokratie in Fragen der Kunst und Kultur. Kein Länderfinanzminister wird sich sträuben, für ein großes staatliches Theater jener heute gelegentlich schon sechsstelligen Betrag zu genehmigen, den das Jahresgehalt eines erstklassigen Intendanten erfordert. Im Bundesfinanzministerium hegt man die Vorstellung, man könne in Paris und New York für die Leitung so wichtiger Institute Leute gleicher Bedeutung und Qualität wie ein Staatstheaterintendant für einen Bruchteil seines Gehaltes anstellen. Offenbar weiß man im Finanzministerium nicht, daß an beiden Plätzen nicht einmal ein Zeitungskorrespondent unter 2 bis 3.000 DM im Monat zu haben ist. Wenn man soviel nicht für einen Leiter der wichtigsten deutschen Kulturstätten im Ausland aufwenden will, der nach den gegenwärtigen Bestimmungen die Auslandszulagen und Aufwandsentschädigungen seiner Kollegen im diplomatischen Dienst nicht erhält, dann sollte man die beiden Kulturinstitute besser schließen und darauf verzichten; Deutschland überhaupt kulturell vertreten zu wollen.

Daß sich manche Dinge in unserer auswärtigen Kulturpolitik nicht in den Rahmen der Vorschriften für den allgemeinen Dienst und auch nicht in die Laufbahnavstellungen des Auswärtigen Amtes pressen lassen, ist eine Erkenntnis, die sich die Bundesregierung baldigt zu eigen machen sollte, wenn sie nicht Rückschläge in der auswärtigen Kulturpolitik hinnehmen will, wie sie sich jetzt auf einigen Gebieten abzeichnen. Die etwas planlose Überzückung des Erdballs mit deutschen Kulturinstituten während der letzten Jahre, die in manchen Fällen mehr auf das Prestigebedürfnis einflußreicher auswärtiger Missionschefs als auf Grund sorgfältiger Überlegungen errichtet wurden, wird vermutlich schon in diesem Jahr zur Schließung vieler dieser Institute führen. An anderen Orten, wo die Errichtung solcher Institute einem wirklichen Bedürfnis und alter traditioneller Kulturbeziehungen entsprochen hätte, hat man auf die Gründung solcher Institute verzichtet.

Ohne Konsultation der Kulturabteilung

Schließlich spricht es auch nicht für den Grad der Bedeutung, den man im Auswärtigen Amt angeblich der auswärtigen Kulturarbeit beimißt, wenn zahlreiche Kulturreferenten ohne Konsultation mit den leitenden Beamten der Kulturabteilung ernannt und entsandt werden. Eine ganze Reihe solcher ohne die Mitwirkung und Kenntnis der Kulturabteilung durch das Personalreferat des Amtes durchgeführten Entsendungen waren nicht nur kein Gewinn für die Bundesrepublik, sondern auch ein Beweis dafür, daß die antliche These, wer sich für den allgemeinen Dienst einigermaßen qualifiziere, müsse auch ein geeigneter Kulturreferent sein, einfach ein Trugschluß ist.

Nachträgliche Bestätigung

Berlins Bevölkerung steht hinter dem Senat

sp - Einer nachträglichen Bestätigung hätte es eigentlich nicht bedurft. Der Berliner Senat wollte jedoch ganz sicher gehen. Er veranlaßte eine Meinungsumfrage, um herauszufinden, ob die Bevölkerung die Haltung des Senats in der so manchen Staub aufwirbelnden Passierscheinfrage billige und ob sie eine Fortsetzung der technischen Kontakte mit Ostberlin wünsche. Das Ergebnis ist überwältigend: 60 Prozent der Befragten, darunter auch solche, die von dem Passierscheinabkommen keinen Gebrauch gemacht haben, stimmten nicht nur der Haltung des Senats zu, sie ermutigten ihn auch, die inzwischen gespannten Fäden nicht abreißen zu lassen.

Was sich während der 13 Tage, in denen es den Westberlinern möglich war, ihre Freunde, Verwandten und Bekannten zu besuchen, abspielte, hätte alle Kritiker zum Schweigen bringen müssen. In jenen Tagen traf sich auf Berliner Boden Gesamtdeutschland, erhielt das Gefühl der Zusammengehörigkeit einen mächtigen Auftrieb, wurde aller Welt offenbar, daß die dem deutschen Volke willkürlich aufgebrachte Spaltung von der Stunde an verschwindet, in der es unserem Volke möglich wäre, in freier Entscheidung seinen Willen kund zu tun.

Den Ostberlinern und der Bevölkerung in der Zone wurde die Begegnung zu einer Quelle der Kraft und der Hoffnung. Was hätten die Kritiker dagegen anzubieten?

Der Kompaß, von dem sich der Berliner Senat leiten ließ, zeigte die Richtung an: Freiheit - Zugehörigkeit zur Bundesrepublik - Wiedervereinigung. Fest im Grundsatz, beweglich in der Methode, darin lag und liegt der Erfolg dieses Abkommens, dem ersten überzeugenden Durchbruch durch den Stacheldraht des Kalten Krieges. Der Erfolg läßt sich freilich nicht allein in Zahlen messen. Die gleiche Umfrage ergab die nicht minder erfreuliche Tatsache, daß von 100 Berlinern nur noch vier über die gegenwärtige Lage der Stadt beunruhigt sind, wogegen es vor zweieinhalb Jahren, nach der Errichtung der Mauer, noch die Hälfte war.

Die feste, mutige und entschlossene Haltung des Senats bewirkte den Stimmungsumschwung, der seinen Niederschlag fand in erhöhter Aktivität in allen Bereichen des wirtschaftlichen, kulturellen und politischen Lebens. Das Ergebnis der Umfrage macht überzeugend klar: Wer den Berliner Senat - der ja stets in Übereinstimmung mit den Schutzmächten und der Bundesregierung handelte und handeln wird, - was heute manche nicht wahrhaben wollen - zum Objekt kleinlicher Kritik wählte, stellt sich gegen die überwältigende Mehrheit der Berliner und fügt der gesamtdeutschen Sache Schaden zu.

Vorsorge ist besser als Heilen

Hessen auch auf dem Gebiet des Gesundheitswesens beispielgebend
Von Frank Sommer - Frankfurt

Jahr für Jahr werden im Bundesgebiet etwa 3 000 Kinder geboren, die entweder nur wenige Tage alt werden oder aber lebenslänglichem Siechtum verfallen. Es handelt sich um Kinder von Müttern mit einem negativen Blut-Rhesusfaktor, deren Blut mit dem des Kindesvaters unverträglich ist.

Es gibt nur eine zuverlässige Methode, solchen Kindern ihr schweres Schicksal zu ersparen: eine rechtzeitige Blutuntersuchung der werdenden Mütter. Wird eine Blutunverträglichkeit festgestellt, muß sofort nach der Entbindung das Blut des Neugeborenen völlig ausgetauscht werden.

Verstärkte Betreuung werdender Mütter

Das Land Hessen mit seiner vorbildlichen sozialpolitischen Betreuung hat nun auch auf diesem Gebiet beispielgebende Initiativen ergriffen. Zwar waren die Gesundheitsämter auch schon vorher zu Vorsorgeuntersuchungen werdender Mütter verpflichtet, jedoch zeigte es sich in der Praxis, daß die Ämter nur jeweils einen Teil der Mütter erfassen konnten.

Daher stellte das Parlament im Landeshaushalt für 1964 einen zusätzlichen Betrag von 750 000 DM für diesen Zweck im Sozialetat zur Verfügung. Seit 1. Januar 1964 kann nun jede werdende Mutter in Hessen bei allen freipraktizierenden oder den Haus- und Fachärzten eine entsprechende Blutuntersuchung durchführen lassen, ohne daß ihr dadurch Kosten entstehen. Gleichzeitig erhält sie - ebenfalls kostenlos - einen sogenannten "Mütterpaß", der neben ihrer Blutgruppe auch andere gesundheitlich wichtige Angaben enthält.

Intensive Krebsbekämpfung

Daneben stellt das Land Hessen auch für Vorsorgeuntersuchungen der Krebserkrankungen in großzügiger Weise Mittel zur Verfügung. In allen Teilen des Landes wurden zahlreiche Krebsberatungsstellen eingerichtet. Jeder hat die Möglichkeit, sich kostenlos untersuchen zu lassen. Darüber hinaus hat sich die hessische Landesregierung aber entschlossen, die Leistungen, die für die Krebsuntersuchungen notwendig sind, auch bei jedem freipraktizierenden Arzt zu übernehmen. Es wird angenommen, daß dadurch die Zahl der gerade bei Frauen so dringend notwendigen Vorsorgeuntersuchungen erhöht werden kann.

Bei all diesen Maßnahmen geht man in Hessen von der Überlegung aus, daß gerade im Gesundheitswesen Vorsorge besser ist als Heilen.

Innenpolitische Konsequenzen der "Achse" Paris - Peking

De Gaulle hat das ganze Parlament hinter sich

Von unserem Korrespondenten in Paris, Georg Scheuer

In seinem Brückenschlag nach Peking kann General de Gaulle in Frankreich nicht nur mit der Unterstützung seiner eigenen Parteigänger rechnen, sondern diesmal auch mit der seiner innenpolitischen Gegner rechts und links. Die konservativen Kreise begrüßen es, daß Frankreich zehn Jahre nach der Niederlage von Dien Bien Phu in Asien wieder Fuß faßt, diesmal nicht auf militärischem, sondern auf diplomatischem Wege. Die demokratische Opposition drängt schon längst darauf, daß das 650-Millionen-Volk der Chinesen nicht weiter aus der internationalen Gemeinschaft ausgeschlossen bleibt, ohne daß deshalb die diplomatischen Beziehungen zu Formosa abgebrochen werden sollen.

Ein Präzedenzfall für Deutschland ist damit nach französischer Auffassung keineswegs gegeben, denn man betrachtet Formosa als selbständigen Staat, territorial von Kontinentalchina getrennt. Allerdings hat man nicht vergessen, daß General de Gaulle gerade in seiner letzten Neujahrsbotschaft zum erstenmal Peking in einem Atemzug mit den anderen Hauptstädten kommunistisch regierter Länder nannte.

Eine besondere Stellung nimmt die Kommunistische Partei Frankreichs ein, die gerade jetzt in einen ideologischen Streit mit den chinesischen Kommunisten verstrickt ist. Die KPF verlangt seit Maos Machtergreifung die diplomatische Anerkennung der chinesischen Volksrepublik und hat diese Forderung trotz des Streits zwischen Moskau und Peking bis jetzt niemals fallen lassen. Nun wird dieser Wunsch endlich erfüllt, aber peinlicherweise für die KPF ausgerechnet von General de Gaulle. Andererseits ist die Forderung nach Anerkennung und Zulassung Peking in die UNO für die Chruschtschow-Kommunisten seit längerer Zeit nur noch ein Lippenbekenntnis. Es versteht sich von selbst, daß die Sowjets seit ihrem Schisma mit Mao Tee-tung nicht sonderlich daran interessiert sind, die chinesische Diplomatie auf der Tribüne der Vereinten Nationen und in den Hauptstädten Westeuropas zu sehen.

So kritisiert auch die KPF die neueste Verbindung mit gemischten Gefühlen. Offiziell billigt sie de Gaulles Schritt und bemängelt höchstens, daß die Anerkennung nicht schon längst erfolgt sei; im engeren Kreise der Parteiführung macht man sich aber doch ernste Sorgen wie übrigens auch auf der Pariser Sowjetbotschaft. Niemand zweifelt daran, daß die Chinesen ihre Anwesenheit in Paris und wahrscheinlich auch bald in anderen westeuropäischen Hauptstädten diplomatisch und politisch gründlich ausnützen werden.

De Gaulle kann anlässlich der Ratifizierung der französisch-chinesischen diplomatischen Anerkennung mit einer erdrückenden Mehrheit, wenn nicht Einstimmigkeit in der Nationalversammlung rechnen. Diesem Zweck dient auch die parlamentarische Mission, die derzeit China und andere ostasiatische Länder bereist. Sie besteht bezeichnenderweise nicht nur aus geeichten Gaullisten, sondern auch aus Mitgliedern der Opposition, einem Sozialisten, einem Rechtsunabhängigen und einem Demokraten. Die Tatsache, daß ein Mann der demokratischen Mitte, der frühere Ministerpräsident Edgar Faure, zu de Gaulles Botschafter bei Mao erkoren wurde, zeigt, daß de Gaulles weltpolitischer Schachzug auch innenpolitisch gut überlegt war.